

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

37 (13.2.1932)

Freistaat Baden

Vollziehung des Landtags am 16. Februar

Die nächste öffentliche Sitzung des Badischen Landtags findet am kommenden Dienstag, den 16. Februar, nachmittags halb 4 Uhr statt. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Prüfung der Landtagsrechnung für 1929. Dann wird über den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Strafbank des Abg. Böning entschieden. Es folgt die Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfragen der Abg. Köhler und Genossen (Nat.-Soz.) betr. parteipolitische Bekämpfung von Beamtenstellen in Baden, Lechleiter und Genossen (Komm.) betr. Winterbeihilfe, Lechleiter und Genossen (Komm.) betr. Störung der Ruhe und des Friedens in Bruchsal durch rechtsradikale Personen. Die weiteren Tagesordnungspunkte betreffen die Gegenstände, die in den letzten Tagen in den Ausschüssen behandelt wurden.

Die Arbeiten des Rechtspflege-Ausschusses

Aus dem Landtag schreibt man uns: Am Freitag, 12. Februar, nahm der Rechtspflegeausschuss des Landtags seine Arbeiten in der Session 1931/32 auf. Verhandelt wurden die folgenden Fälle:

Die Sachbezüge in der Sozialversicherung

Das Zentrum hat einen Antrag gestellt, daß der Wert der in der Sozialversicherung vorzulegenden Sachbezüge, entsprechend den veränderten Preisverhältnissen herabgesetzt wird. — Der Antrag wurde durch einen Erlaß der Regierung vom 27. Januar, der aber erst am 1. März in Kraft tritt, erledigt. — Die Sozialdemokratie hatte Bedenken, weil die Krankenkassen bis heute die Mindererlöse für die ihr überwiesenen Kranken nicht herabgesetzt haben und weil andererseits die Mehrzahl jener Personen, auf welche sich der Antrag bezieht, auf die Krankenkassen angewiesen sind.

Kommunistischer Amnestie-Antrag

Wie in jedem Landtag, beantragten auch jetzt wieder die Kommunisten eine Gesamtamnestie für alle möglichen begangenen Straftaten. Dem konnte natürlich der Ausschuss nicht zustimmen, weil in der Zusammenfassung fast jede Straftat unter die Amnestie fallen würde. Einzelbegnadigungen hat die Sozialdemokratie stets gutgeheißen und auch das Justizministerium ist darnach verfahren. Der kommunistische Antrag wurde deshalb abgelehnt.

Keine „Parfissal“-Aufführung am Karfreitag

Das Gesuch des Oberbürgermeisters von Monheim, Theateraufführungen am Karfreitag zu gestatten, ist mit 11 gegen 5 Stimmen der Sozialdemokraten und des Demokraten abgelehnt worden. Es handelte sich um die Aufführung von Richard Wagner's „Parfissal“ am Karfreitag. Der Evangel. Oberkirchenrat hatte hieran Anstoß genommen; er wünschte, daß jede Theateraufführung am Karfreitag mit dem Verbot bedacht wird. Ein demokratischer Antrag, wenigstens den „Parfissal“ zu gestatten, wurde gleichfalls mit demselben Stimmenverhältnis abgelehnt. Umsonst war der Hinweis, daß an sich der Parfissal eine eminent religiöse Oper sei und Länder wie Preußen und Sachsen von einem Verbot der Aufführung am Karfreitag abgesehen haben.

Herabsetzung der Justizgebühren

Der Ausschuss nahm Kenntnis von der Herabsetzung der Landesjustizgebühren-Gebühren, monach bei Beurteilungen als Höchstgrenze 2400 M. gelten und demgemäß die Gebühren herabzusetzen sind. Deswegen wurden durch die Notarordnung vom Oktober 1931 die wandelbaren Bezüge der Notare herabgesetzt.

Der Schwindel mit der kommunistischen Einheitsfront

Aus Baden-Baden schreibt man uns:

Eine kommunistische Versammlung, die am 26. Januar in Baden-Baden im Nebenzimmer des Gasthauses zum „Geiß“ stattfand, war in ihrem Verlaufe typisch für den Geist und die Bestrebungen der sogenannten Einheitsfront. Es war nämlich überhaupt kein Sozialdemokrat aus Baden-Baden anwesend, mit welchem man die Einheitsfront hätte bilden können.

In der Diskussion erklärte der kommunistische Metallarbeiter Göbel:

„Es sei gleichgültig, ob einer einer politischen Organisation angehört oder nicht, ob er parteilos oder religiös veranlagt sei. Wichtig ist lediglich, daß er Klassenbewußt ist. Nachher werde eine Liste zirkulieren, in die sich jeder einzeichnen soll. Die Einzelnen verpflichten zu keinerlei finanziellen Beiträgen, sondern man wolle dadurch nur diejenigen, die gewillt sind, der Einheitsfront beizutreten, organisatorisch erfassen.“

Was ist also das für ein organisatorischer Sumbua? Jeder Beliebige, der sich bisher um nichts bekümmert, um jede Verträglichkeit gedrückt hat und die anderen für sich schaffen läßt, ist dieser „sozialdemokratisch-kommunistischen Einheitsfront“ gerade recht, um weiter nichts zu tun, als über die Sozialdemokratie zu schimpfen. Wenn er nur die Phrase gebraucht: „ich bin Klassenbewußt“, dann ist es diesem Arbeiterverpflichtetenverein durchaus recht! Armjelige „Politiker“.

Daß die Kommunisten, die stets sehr starke Kritik an anderen üben, eine Kritik im eigenen Lager nicht vertragen können, bewies nach folgender Vorfälle in der Versammlung in Baden-Baden: Der ledige Hausburche Springer, der als Kommunist dem Einheitskomitee angehörte, übte scharfe Kritik an dem Verhalten seiner Parteifreunde, weil sie sich nicht um diejenigen kümmerten, welche in der Volksküche essen müßten. — Und siehe da, was geschah? Man setzte ihn sofort als Mitglied des Einheitsfrontkomitees ab und der Vorsitzende teilte mit, daß die Anwesenden keinen Wert auf die Zurechtweisung des Springers zum Einheitsfrontkomitee legten; er habe durch seine Ausführungen bewiesen, daß er hierfür nicht die geeignete Persönlichkeit wäre.

So leben die ständigen und maßlosen Kritiker der Sozialdemokraten aus. Ihre gesamte politische Tätigkeit besteht in frecher Schimpferei auf die Sozialdemokratie; übt einer von ihnen aber Kritik im eigenen Lager, dann fliegt er! Und solche Gefellen wollen eine Einheitsfront der Arbeitererschaft bilden? Auf diesen Schwindel fallen denkende Arbeiter nicht herein.

Verbot der Bremer nationalsozialistischen Zeitung

W.B. Bremen, 12. Febr. Auf Beschluß der Volkskommission des Senats ist die Bremer nationalsozialistische Zeitung auf die Dauer von vier Wochen bis einschließl. 11. März verboten worden. Anschließ auf dem Verbot haben zwei Artikel, in denen ein Senatsmitglied und der Reichsminister beschimpft wurden.

Badens Nazi suchen Ablenkung

Harzburger Stunk

Ein Geheimrundsreiben — Der Stahlhelmführer Seidte als Freimaurer — Vertuschung der Bozheimer Affäre

Wie stehts mit der Drohung der neun Regimenter Braunhemden in Berlin?

Die badischen Nationalsozialisten befinden sich in einer sehr schweren Klemme, so daß es kein Wunder ist, daß sie alle möglichen Aushilfsmittel zu ergreifen suchen. Gestern schreibt ihr Gauführer Wagner bündelnde Beschwörungsbescheide nach Berlin, heute reichen sie im badischen Landtag ein Mißtrauensvotum gegen den badischen Innenminister ein, weil ihnen dessen entscheidender Vorstoß gegen ungleiche Bestrebungen mißfällt. Weder mit den Briefen noch mit Mißtrauensanträgen werden jedoch die Nationalsozialisten Erfolg haben, da glücklicherweise die Mehrheit des Volkes und die Mehrheit des badischen Landtags nicht geneigt ist, dem illegalen Treiben der Nationalsozialisten Vorstoß zu leisten.

Zwischenzeitlich ist eine weitere Enthüllung über das Treiben der badischen Bozheimer erfolgt. Der Mannheimer Volksstimme ist ein neues Dokument über das Geheimtreiben der badischen Nationalsozialisten auf den Tisch geflogen. In ihrer gestrigen Nummer veröffentlicht sie ein Geheimrundsreiben aus der NSDAP, Gau Baden, Abteilung für Landwirtschaft, das folgenden Wortlaut hat:

NSDAP, Gau Baden Karlsruhe, 26. Januar 1932
Organisations-Abt. 2
Abteilung Landwirtschaft
1932 Rundschreiben Nr. 6

An die Herren VV.!

1. Bei der Reichsleitung ist jetzt eine Abteilung für Garten- und Weinbau errichtet worden. Leiter dieser Stelle ist Pa. Dr. Reichle, Gärtner und Weinbauern können unmittelbar mit Pa. Reichle in Verbindung treten.

2. Gemäß Rundschreiben der Rechtsabteilung bei der Reichsleitung vom 2. Januar 1932 sind die juristischen Gauaufseher in ihren Gauen angewiesen worden, bei Anträgen von Pa. auf Aushebung von Zwangsversteigerungen gem. der letzten Notarordnung diese kostenlos zu beraten und ihre kostenlos Vertretung zu übernehmen, bzw. durch den juristischen Gauaparater übernehmen zu lassen.

Juristischer Gauaufseher für den Gau Baden ist: Pa. Kupp, Rechtsanw., Karlsruhe, Kaiserstr. 133.

Die VV. tragen Sorge, daß dies möglichst bald bekannt wird im A.L.

3. Von der Reichsleitung wird nochmals darauf hingewiesen, daß gleichzeitige Mitgliedschaft beim Stahlhelm und bei der NSDAP, unersetzlich nicht gestattet wird. Außerdem soll unter Ausschluss der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden, daß der Stahlhelmführer Seidte Freimaurer ist und daß die deutschen Logen ihren Mitgliedern ganz offen empfehlen, dem Stahlhelm beizutreten. Von einer öffentlichen Diskussion dieser Dinge ist wegen der „Harzburger Front“ abzusehen.

4. Betr. Bozheimer Affäre: Es soll festgehalten werden, daß Pa. W.G. Seifen Dr. Wagner vollständig unschuldig an dem „Bozheimer Dokument“ ist. Er hat es nicht einmal dem Inhalt nach gekannt.

Desgleichen gilt dies auch von dem VV. Pa. Darré. Pa. Darré wurde nur in diese Angelegenheit verwickelt, weil durch beiläufige Rundschreiben der Reichsleitung an Pa. Dr. Wagner unmitteldbare Beziehungen festgestellt wurden und nun von Regierungseite ausgeschaltet wurde, um der NSDAP, etwas ans Bein hängen zu können und die Reichsleitung in diese Sache hineinzuziehen.

Das Bozheimer Dokument hat uns ohne Zweifel in der Öffentlichkeit geschadet. Aber wenn heute noch von deutschnationaler oder anderer Seite mit den „Auswirkungen“ dieses Dokuments hantieren gegangen wird, dann erteile man diesen Herren doch eine Antwort, wie sie unser Führer einem sehr prominenten Führer der Landwirtschaft gab: „Die Auswirkungen des Bozheimer Dokumentes sind für unser Volk nicht so schlimm wie die Unterzeichnung unter dem Dawesplan und Youngplan.“ Diese Antwort hören diese „Umfaller“ nicht gerne.

Seil Hitler
acc. Fleisch (Stempel)

Aus diesem Schreiben sind mehrere interessante Schlussfolgerungen ersichtlich: Zunächst haben die badischen Haltenkreuzler demnach also das „Dritte Reich“ bereits verwirklicht — nämlich im Kalender, indem sie den guten alten Januar in Scharung umgewandelt (umgetauft) wurde hier, da ja die Nationalsozialisten zu christlich, falsch am Platze haben. Weiterhin ist von Interesse, daß die Nationalsozialisten aus den zahlreichen Bedürfnissen der Landwirtschaft vor allem den „Weinbau“ in den Vordergrund gestellt haben, wozu sie vielleicht eine besondere Begabung vor allem hinsichtlich der Bewertung haben, während ihnen die durch die Wirtschaftskrise hervorgerufenen überaus behauerlichen Zwangsversteigerungen (gegen die übrigens die Badische Regierung bekanntermäßen ja soweit als möglich bereits Maßnahmen getroffen hat), den Vorwand zur Sehe liefern.

Am interessantesten ist jedoch am vorliegenden Dokument der interne Kampf innerhalb der Harzburger Front, der sich allmählich zu einem schärfsten Konkurrenzkampf der reaktionären Brüder untereinander ausweitet. Also der Führer des den Nationalsozialisten befreundeten Stahlhelm, Herr Seidte, ist, wie in diesem nationalsozialistischen Geheimschreiben festgestellt wird, ganz heimlich „Freimaurer“, womit ihm seitens der Nationalsozialisten wohl das schlimmste Schimpfwort entgegengeschleudert wird, das es für sie neben

„Jude“ und „Marxist“ gibt. So denunzieren sich Nationalsozialisten und Stahlhelmer als liebe Bundesbrüder gegeneinander und man kann nur darauf gespannt sein, daß etwa der „Freimaurer“ Seidte demnächst Herrn Goebbels als „Judenstammesling“, „brandmarli“, — vorausgesetzt, daß man es nicht vorzieht, wegen der „Wirkung nach außen“ von einer öffentlichen Diskussion über diese Dinge abzusehen.

Der Zug und Trug der Nationalsozialisten wird jedoch am stärksten demaskiert durch ihren Versuch, die Tatsache der Bozheimer Affäre zu verbunkeln. Es wird von den Nationalsozialisten in diesem Geheimrundsreiben angegeben, daß das Bozheimer Dokument den Nationalsozialisten ohne Zweifel in der Öffentlichkeit geschadet“ hat. Um diese Wirkung jedoch abzuwehren, soll es mit allen möglichen Mitteln vertuscht werden, was den Nationalsozialisten jedoch nicht gelingen wird — trotz dem vorgefertigten Amentat auf dem Enthüller der Bozheimer Dokumente, Herrn Schäfer.

In gleicher Höhe wie diese aus dem Geheimrundsreiben ersichtlichen Enthüllungen steht übrigens

ein neuer Ablenkungsversuch des nationalsozialistischen Führer, dem hierbei die Bad. Presse getreuliche Sekundanten dienste leistet:

Wie das Ausland bekanntermäßen das ganze nationalsozialistische militärische Treiben sorgfältig verfolgt, so hat auch die Pariser Presse scharfe Kommentare zur

Militärspielerei der badischen Nationalsozialisten

veröffentlicht. Es zeigt dies, wie gefährlich außenpolitisch dieses militärische Spiel der Nationalsozialisten ist. Statt jedoch nun mit aller Energie gegen dieses Treiben der Nationalsozialisten vorzugehen, kritisiert nun die Bad. Presse die von der Pressestelle der Badischen Regierung veröffentlichte Darstellung von (wie die Bad. Presse schreibt): „Dreier Hitlerregimenter in Karlsruhe, Freiburg und Heidelberg“. Begreiflicherweise nimmt der nationalsozialistische Führer dieser auf und stößt in ähnlicher Hinsicht gegen die Badische Regierung vor, indem er erklärt:

„Frankreich schmiedet sich aus diesen Enthüllungen sein Argument gegen die Abrüstung.“

Schlimmer als die Bad. Presse und der nationalsozialistische Führer die Dinge damit verdrängen, kann man wohl eine Propaganda nicht übersteigern. Denn wenn man etwas kritisieren muß, dann muß man

das nationalsozialistische Treiben kritisieren, das dem Ausland die Waffen für die Sehe gegen Deutschland in die Hand liefert

und nicht etwa die Badische Regierung, die sich bemüht, dieses staatsgefährliche Spiel der Nationalsozialisten zu weichern. Was jedoch die von der Bad. Presse herbeigezogenen und der Badischen Regierung zum Vorwurf gemachten Veröffentlichung von „Dreier Hitlerregimenter“ betrifft, so verweise wir die Bad. Presse auf die Nummer 41 des Führer vom Donnerstag, den 11. November, über dessen erste Seite die Schlagzeilen prangt:

„Neun Regimenter Braunhemden im Berliner Sporipalast“

So liefern die Nationalsozialisten dem Ausland Waffen gegen Deutschland und sogenannte unparteiische Blätter wissen dazu nichts anderes zu tun, als den Nationalsozialisten dabei noch Sekundantendienste zu leisten. Umsonst wird es jedoch die Aufgabe aller Kreise, die kein Chaos wollen, sein, gegen dieses von angeblich unparteiischer Seite unterrichtete Spiel der Nationalsozialisten Front zu machen und für die Badische Regierung muß es erst recht heißen: Werde feil!

SEM herrscherlich

Da bleibt kein Dje trocken

So schreibt der Angriff:
Nächtlich erstorten die Glieder zu Ers.
Der Führer kommt!
Ernt betritt die Tribüne. Doch in stolzer Freude klammert er seine staubblauen Augen auf, als er den Blick über den starrenden Mannern seiner Kämpfer gleiten läßt.
Der Präzidentmarsch schmetterte durch die Kieleshalle und der Führer beginnt die Front abzudrücken.
Direkt neben dem Führer sitzen auf ihrer Ehrentribüne die Gemühten der SA. Jedem reicht Adolf Hitler die Hand und der der ershöternden Gemalt seines mächtigen Ansehens schließt den tapferen Jungens das Wasser in die Augen. Sie werden diesen Tag nie vergessen.
So schreibt im „Angriff“ die Journalle von Neu-Badens nach wilhelminischem Muster.

Der Reichsarbeitsminister schreibt an die Hypothekensbanken.
Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsbankministerium die Sperrverbände der Realcreditanstalten erlaubt, die Bewilligung der Tilgungsdarlehen von sogenannten Tilgungsschwebebanken zu übernehmen möglichst weit entgegenzukommen, da derartige Zuechthaus und im Hinblick auf die schwierige Lage des Neudauschleiss und im Interesse einer weiteren Entlastung der Neudauschleiss notwendig seien.

Bei rheumatischen Schmerzen aller Art haben sich Logal-Tabletten ganz hervorragend bewährt. Zahlreiche Dankschreiben über Logal bei veralteten Leiden, bei denen kein anderes Mittel half! Ein Versuch überzeugt! Frag. Sie Ihr Arzt. In allen Apoth.
12,6% Lith., 0,46% Chin., 74,3% Acid. acet. salic.

Karlsruher, 13. Februar 1932
 Rätelecke
 Der Reichsarbeitsminister schreibt an die Hypothekensbanken.
 Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsbankministerium die Sperrverbände der Realcreditanstalten erlaubt, die Bewilligung der Tilgungsdarlehen von sogenannten Tilgungsschwebebanken zu übernehmen möglichst weit entgegenzukommen, da derartige Zuechthaus und im Hinblick auf die schwierige Lage des Neudauschleiss und im Interesse einer weiteren Entlastung der Neudauschleiss notwendig seien.

Gewerkschaftliches

„Schärfster Kampf den Gewerkschaften“

Eine den reaktionären Industriekreisen nahelebende Korrespondenz teilt mit, daß der Reichsbahngott Hitler vor kurzem im Düsseldorf-Industrieklub, nach der Darstellung eines Teilnehmers, den schärfsten Kampf gegen die Gewerkschaften erklärt habe. Diese Bemerkung gegen die Gewerkschaften ist gefallen bei teurem Sekt und beim Verzweifen eines Abendbeneds zum Preise von 21 Mark.

Für diesen angebotenen Kampf gegen die Gewerkschaften wird der Gendarm aus Braunan wieder einige Millionen Mark für eine Bürgerkriegsarmee ins Braune Haus nach München schicken. Die hohen Herren der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie werden derartigen Drohungen mit Wohlgefallen lauschen. Sie werden nun die Millionen für die Nazi schon schmeißen.

Derweil der „Führer“ der Nazipartei mit den Unternehmern auf Speis und Trank, macht der bekannte Naziplatner Eingaben an die Badische Regierung, in denen er ersucht, alles dranzusetzen, daß den Textilarbeitern keine weitere Kürzung der Löhne mehr werden möge, und gegen die angebotene Hindenburg Front zu machen. Dieser Plätner will sogar mit den christlichen Gewerkschaften als Partner die Partei mitspielen. Gibt es eine größere Verhöhnung der Arbeitermassen, was die sogenannte „Arbeiterpartei“ hier treibt?

Der Führer der Partei schwelet und fault mit den Unternehmern und verpricht ihnen, den Kampf gegen die Gewerkschaften bis zu ihrer Vernichtung zu führen. Würde diesen Vorfällen das gelingen, würden die Tausende von Mark, die für die Gelage ausgegeben wurden, und die Millionen, die von Seiten der Schwerindustriellen an die Nazi gefloht wurden, bald wieder durch noch weitere Lohnsenkungen eingebracht sein.

Soll diesen Arbeiterfeinden das Handwerk gelegt werden, ist das reifste Zusammenwirken aller Werktätigen in ihren gewerkschaftlichen Organisationen dringendstes Erfordernis.

Aus der Stadt Durlach

Sozialdemokratische Partei Durlach

Samstag, 30. Februar, abends 7/8 Uhr, findet im Lokal „zur Festhalle“, 2. Stock, die Generalversammlung statt. Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Beratung eingegangener Anträge, 3. Neuwahlen. Anträge sind bis spätestens Mittwoch, 24. Februar beim Vorsitzenden, Gen. Platzgraf, Auerstraße 53, einzureichen.

SM. Sonntag, 14. Februar: Wir beteiligen uns am St.-Ausflug des Roten Fadens. Fahrpreis 1.— M.

Eisene Front

Parteiangehörigen und Parteigenossen, Gewerkschaftler und Arbeiterportier! Macht euch für die am Samstag, 20. Februar in der Festhalle stattfindende Kundgebung bereit.

Aus der Stadtratsitzung vom 10. Februar

Der Gaspreis für die Gemeinde Gröningen wird mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ebenfalls um 1 Pf. je Kubikmeter erhöht. Die Entschädigung für die Benützung von Brunnenröhren für Dienstzwecke wurde neu geregelt. — Das Schächten im hiesigen Schlachthaus soll künftig nur nach vorheriger Befragung der Tiere angesetzt werden. — Für die in nächster Zeit vorzunehmende Wabl des Aufsichtsrats der Turnabteilung AG. werden Vorschläge aufgestellt. — Am Freitag, 18. März ds. Js., soll die in den letzten Wochen einmündig gemachte Schlussfeier der Volks- und Mädchenbürgerschule stattfinden.

Nach Ablehnung von zwei weitergehenden Anträgen hat der Stadtrat beizufallen, Herrn Bürgermeister Herrmann zu bitten, im Hinblick auf die große wirtschaftliche Notlage der Stadt Durlach auf die Aufwandsentschädigung, wie sie das badische Ministerium an den Herren festsetzt hat, zu verzichten. Bürgermeister Herrmann hat dieser Ansetzung ohne weiteres stattgegeben. Unabhängig von den gestellten Anträgen hatte Bürgermeister Herrmann, wie er bei diesem Anlaß mitteilte, sich schon darauf festgelegt, die gesamte Aufwandsentschädigung der Fürsorge zur Verfügung zu stellen.

Weiterhin hat der Stadtrat folgende Entschlüsse angenommen: Seit der kommunikalische Bürgermeister in unparteilicher Weise seine ganze Kraft zum Wohle der Stadt Durlach und ihrer Mitbürger ein, in voller Unabhängigkeit vom Bad. Ministerium und der Stadt Karlsruhe, so wird der Stadtrat seine Mitarbeit nicht verlagern. — Die Wahl der Kampagnenführer und deren Stellvertreter in der freiwilligen Feuerwehr wird bestätigt. — Die Zahl der Erwerbslosen beträgt 219. — Aus dem Extratris der Gebäudeländerfeuer haben der Gemeinde im laufenden Jahre für Zinszuschüsse bei Neubordern etwa 20 000 M. zur Verfügung. —

Was Heißes Kind die Herren Nationalsozialisten auf dem Rathaus sind, haben sie wieder einmal mit ihrem Antrag auf Schächterwerb im hiesigen Schlachthaus bewiesen. Dabei dürfte das Schächterwerb zu den allergeringsten Ausnahmen im Schlachthausbetrieb gehören. Offenbar das Produkt irgend eines engstirnigen nationalsozialistischen Metzgermeisters, der auch keinen Senf dazu geben wollte. Nun die „arose Aktion“ zur Senkung des Bürgermeistergehalts. Wir berichteten am letzten Freitag bereits über den nationalsozialistischen Antrag, den vom Landeskommissär festgesetzten Gehalt auf 8000 M. zu reduzieren. Das hatte die Kommunisten natürlich sehr verdrossen. Sie mußten ihre Brüder von rechts zu überbrumpfen suchen und verlangten die Senkung auf 6000 M. Das Resultat der ganzen Aktion war eine „Bitte“ an den Bürgermeister, seine Aufwandsentschädigung dem Bürgermeister zur Verfügung zu stellen. Die Nationalsozialisten machten gar keine nennenswerten Anstrengungen für ihren Antrag. Seine Ausschüttung war ihnen ja von vornherein schon klar, aber man mußte doch noch so großzügigen Traben im Durlacher Tageblatt und im Bürger etwas tun, um die Nachhauer zu beruhigen. Bezeichnend ist wohl auch, daß Herr Stadtrat Steinmetz, anscheinend die Vorsicht als bester Teil der Tapferkeit erkennend, der Sitzung fern blieb. Und was nun die im Bericht verzeichnete Entschlüsse zur Bürgermeisterfrage betrifft, die übrigens von dem Vertreter der Staatspartei eingebracht wurde, und der auch die nationalsozialistischen Vertreter zustimmen, hat sie eine so verzweifelte Kehnklätel mit einer Rückzugsanordnung, daß sie auf der linken nur sammelndes Rätseln hervorrief. Letztens hat die sozialdemokratische Stadtratsfraktion sich weder an der Aussprache noch an der Abstimmung beteiligt, sondern die Herren bürgertlichen Vertreter in diesen Angelegenheiten ganz unter sich gelassen, was den Herren anscheinend nicht ganz bebaute. Vielleicht gibt sich später einmal Gelegenheit, den Herren der Staatspartei und des Zentrums ihre mehr als unerwünschte Haltung in der Bürgermeisterwahlkampagne mit Zinsen zurückzugeben.

Es brennt

W.B. Mannheim, 12. Febr. Freitag früh gegen 3 Uhr brach in dem dreistöckigen Lagerhaus der Kühengerätefirma Zeiberg bei den Eichbaum-Werger-Brauereien ein Großfeuer aus, das in kurzer Zeit das ganze Lagerhaus ergriffen hatte. Die Mannheimer Berufsfeuerwehr rückte mit sämtlichen Fahrzeugen nach der Brandstelle aus. Auch sämtliche Fabrikfeuerwehren von Mannheim und die Berufsfeuerwehr von Ludwigshafen wurde nach der Brandstelle alarmiert, da ein Ausbreiten des Feuers auf die umfangreichen Mälzereianlagen der Brauerei zu befürchten war. In zweifelhäufiger Arbeit gelang es mit 14 Schlauchleitungen und 7 Motorspritzen des Feuers Herr zu werden und den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Das Lager der Firma ist total ausgebrannt. Vernichtet sind die großen Korritte an Kühengeräten. Auch die Büroräume der Firma sind vollständig vernichtet. Etwa 2000 in einer anliegenden Lagerhalle

befindliche Zentner Malz sind durch das Wasser erheblich in Mitleidenhaft gezogen. Der Funkenflug hatte die Gefahr eines Ausbreitens auch während der Löscharbeiten immer noch möglich gemacht, so daß es lediglich der aufopfernden Tätigkeit der Feuerwehrleute zu verdanken ist, daß der Betrieb der Brauerei nicht vom Brand ergriffen wurde. Der Sachschaden geht in die Hunderttausende. Die Brandursache konnte bis jetzt noch nicht ermittelt werden.

Großfeuer in Buchen

W.B. Buchen, 12. Febr. Heute morgen gegen halb 9 Uhr brach auf der Rückseite der Hauptstraße auf bisher unbekannter Weise Feuer aus. Es stehen zur Zeit 4 Scheunen und 5-6 Wohnhäuser in Flammen. Die Umwoner der näheren Umgebung des Brandplatzes sind ebenfalls vom Feuer bedroht. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Aus dem Gerichtssaal

Oeffentliche oder Mitgliederversammlung?

Eine bemerkenswerte Entscheidung des Landesgerichts.

Am Karlsruhe, 11. Febr. Wegen Vergehens gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 stand heute der Vorsitzende der Ortsgruppe Karlsruhe der NSDAP, der in Vorheim wohnhafte Kaufmann Arnold Friedrich Behlmann aus Mannheim vor der II. Karlsruher Strafkammer (Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Böhringer). Der Verhandlung lag folgender Sachverhalt zugrunde: Die NSDAP hatte in Vorheim am 15. August eine öffentliche Versammlung im Saalbau anberaumt, in welcher Oberleutnant a. D. Schulz über die Fragen: „Warum wurde ich zweimal zum Tode verurteilt? Wir oder der Bolschewismus?“ sprechen sollte. Diese Versammlung wurde von der Polizeidirektion auf Grund der obigen Verordnung verboten. Daraufhin wurde von der NSDAP eine Mitgliederversammlung im „Bürgerbräu“ angesetzt, in der der gleiche Redner sprechen sollte. Zu der Versammlung wurden nur solche Besucher zugelassen, die sich als Parteimitglieder ausweisen oder eine Aufnahmeerklärung zur Partei unterzeichneten. Zu der Versammlung wurden über 90 Nichtmitglieder zugelassen, nachdem sie durch Unterzeichnung einer Aufnahmeerklärung befanden. Mitglieder der NSDAP werden zu wollen. Während des Vortrages des Redners wurde die Versammlung polizeilich aufgelöst, da die Polizeidirektion in den getroffenen Maßnahmen eine Umgehung des Verbots einer öffentlichen Versammlung erblickte. Behlmann wird zur Zeit gefangt, eine verbundene öffentliche politische Versammlung veranstaltet zu haben. Eine Mitgliedsliste oder ein Mitgliedsbuch ist seinem der Unterzeichner der Aufnahmeerklärung ausgehändigt worden. Zahlreiche Unterzeichner erfüllen nicht die gesungenen Voraussetzungen für die Mitgliedschaft. Es befinden sich zahlreiche Angehörige darunter, einer der Unterzeichner ist jüdischer Abstammung. Die Aufnahmegebühr wurde nicht erhoben. Es genigte die Unterzeichnung des Aufnahmeformulars, um in die Versammlung eingelassen zu werden. Die Aufnahmeerklärungen wurden nur unvollständig ausgefüllt. Die meisten Versammlungsteilnehmer haben wohl den Aufnahmechein nur unterschrieben, um den Vortrag des Redners anhören zu können.

Das Amtsgericht Vorheim sprach am 13. November der Angeklagten Behlmann frei. (1) In den Urteilsgründen wurde ausgeführt, daß es sich nach Ansicht des Gerichts bei der Unterzeichnung der Aufnahmeformulare nicht um eine bloße Formsache handelte. Das Gericht gelangte zu dem Ergebnis, daß es sich um keine öffentliche, sondern um eine Mitgliederversammlung handelte, die polizeilich nicht verboten war; von einer öffentlichen Versammlung könnte nicht gesprochen werden.

Gegen das freisprechende Urteil legte die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Im Verlaufe der heutigen Verhandlung beantragte Erster Staatsanwalt Dr. Nebel Verurteilung des Angeklagten Behlmann im Sinne der Vorlage zu drei Monaten Gefängnis, da es sich im vorliegenden Falle um eine Umgehung des Verbots der Versammlung handelte. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Wupp, hob darauf ab, daß es sich um eine Mitgliederversammlung handelte, die nicht verboten war und beantragte Freispruch.

Die Strafkammer gab der Berufung der Staatsanwaltschaft statt und hob das Urteil des Amtsgerichts Vorheim vom 13. November auf. Der Angeklagte Behlmann wurde wegen Vergehens gegen § 2 Ziffer 1 und § 1 Absatz 1 Ziffer 4 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen vom 28. März 1931 zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten verurteilt. In den Urteilsgründen führte der Vorsitzende (Landgerichtsdirektor Böhringer) u. a. aus: Der Besuch von etwa 500 Personen besuchter Versammlung im „Bürgerbräu“ ging folgendermaßen vor sich: Zugelassen wurde, wer einen Mitgliedsausweis vorzeigte oder sich in die Aufnahmeerklärung eintrug. Bei Würdigung dieses Verfahrens kam man zu dem Ergebnis, daß es sich um eine öffentliche Versammlung handelte. Es wurde nachgewiesen, daß ein jedes formaler eine Aufnahmeerklärung unterschrieben zu werden brauchte, ohne daß überhaupt nähere Angaben der Personaten verlangt wurden. Die Unterzeichner waren oft unleserlich. Es war sehr schwer möglich, die Versammlung zu beenden, wenn er nur die Erklärung unterschrieben hatte. Es wurde von der Erhebung einer Aufnahmegebühr abgesehen und die Betreffenden, die die Versammlung besuchen wollten, hatten nur das Eintrittsgeld von 30 Pf. zu bezahlen. Es besteht kein Zweifel, daß die Versammlung öffentlich war; sie war nicht beschränkt auf Mitglieder oder einen eng um-

grenzten Kreis von Teilnehmern. Der Angeklagte habe damit gerechnet, daß die Aufnahmeerklärungen unvollkommen ausgefüllt wurden. Nach den Aussagen ist für die Aufnahme von Mitgliedern zum mindesten erforderlich, daß eine genaue Angabe der Personaten erfolgt, und die Aufnahmegebühr bezahlt wird. Eine nähere Kontrolle ist unterbleiben, so daß jedermann an der Versammlung teilnehmen konnte. Damit ist die Versammlung zu einer öffentlichen geworden. Das Gericht ist überzeugt, daß sich der Angeklagte dessen bewußt war. Das Gericht läßt für diesen Fall, der nicht schwerer Art sei, eine mildere Strafe als drei Monate Gefängnis nicht zu.

Versicherungsbetrug

Am Karlsruhe, 11. Febr. Unter der Anklage wegen Versicherungsbetrugs stand heute der Kraftwagenführer Friedrich W. aus Ruit, bei Bretten, vor dem Karlsruher Schöffengericht (Vorsitzender: Amtsgerichtsdirektor Dr. F. Müller). Der Angeklagte hatte, nachdem am 2. Juli vorigen Jahres das Anwesen seines Schwiegervaters, in dem er wohnte, niedergebrannt war, bei der Aufnahme des Brandschadens der Versicherung gegenüber Falschheit im Wert von 2500 Mark als verbrannt angegeben, obgleich diese Gegenstände teils nicht vorhanden, teils nicht verbrannt waren, wodurch die Versicherungsgesellschaft veranlaßt wurde, die genannte Versicherungssumme auszusahlen. Der Angeklagte, der in Ruit das Geschäft eines Fabrikunternehmers betreibt, war mit 10 000 Mark bei einer Stuttgarter Versicherungsanstalt versichert. Er wurde kurz nach dem Brande unter dem Vorwand der Brandstiftung in Untersuchungshaft genommen; es bestand der Verdacht, daß der Brand durch Zeitlüber gelöst war. Das Feuer brach morgens 7/8 Uhr aus umlichen Schopf und Scheuer. Bei Brandbeginn war der Angeklagte von zu Hause fort. Brandstiftung war ihm nicht nachzuweisen. Er gibt zu, einen höheren Brandschaden bei der Versicherung angemeldet zu haben und meint, es sei offensichtlich, mehr anzugeben, als verbrannt sei. Der Vorsitzende verweist darauf, daß erst kürzlich die Eheleute W. aus Ruit wegen eines gleichen Versicherungsbetrugs zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurden. Es sei nicht der Zweck der Versicherung, sich durch diese zu bereichern. Den unvoll erhaltenen Betrag hat der Angeklagte wieder zurückbekommen. Das Schöffengericht erkannte auf eine Gefängnisstrafe von acht Wochen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt.

Badisches Landesgericht Karlsruhe

Spezialtag vom 13. bis 21. Februar 1932

Am Landesgericht: Samstag, 13. Febr. * E 17, Z.-Gem. 301-400. Rauschen über die Hundert Tage. Drama von Grotto, 20-22.30 Uhr (4.20). — Sonntag, 14. Febr. Nachmittags: Zu neuen Weisen; Am weißen Hof. Schauspiel von Ralph Benayth, 15-18 Uhr (4.20). — Abends: * C 16, Z.-Gem. 3. S.-Gr. 1. Hälfte und 1201-1300. Othello. Von Verdi, 20-22.45 Uhr (6.30). — Montag, 15. Febr. Volksbühne: Beduarenvorstellung. Der Graue. Schauspiel von Forster, 20 bis nach 22.30 Uhr. Der 4. Rang ist für den allgemeinen Verkauf freigegeben. — Dienstag, 16. Febr. * G 17, Z.-Gem. 201-300 und 1401-1500. Der Widerspenstigen Zähmung. Lustspiel von Schopenhauer, 20-22.15 Uhr (4.20). — Mittwoch, 17. Febr.: 6. Sinfonie-Konzert. Solisten: Ottomar Bolat, Heinrich Müller, 20 bis gegen 22 Uhr (4.—). — Donnerstag, 18. Febr. * D 20 (Donnerstagmiete), Z.-Gem. 1301-1400. Tosca. Von Puccini, 20-22.15 Uhr (5.70). — Freitag, 19. Febr. * F 19 (Freitagmiete), Z.-Gem. 1001-1100. Die Geirat wider Willen. Von Kroll, 20 bis gegen 22.30 Uhr (3.50). — Samstag, 20. Febr. * G 17, Z.-Gem. 1. S.-Gr. Rauschen über die Hundert Tage. Drama von Grotto, 20-22.30 Uhr (4.20). — Sonntag, 21. Febr.: Nachmittags: 8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtige: Hanneses Himmelstahrt. Traumbildung von Hauptmann, 15.15-16.45 Uhr (2.90). — Abends: * E 18, Z.-Gem. 2. S.-Gr. Zum ersten Mal: Das Herz. Drama für Musik von Hans Pfitzer, 19.30-22 Uhr (6.30).

Am Südbadischen Landesgericht: Sonntag, 14. Febr. * Der Beier aus Dinslaken. Operette von Ranneke, 19.30-22 Uhr (2.60). — Sonntag, 21. Febr.: Keine Vorführung. Auswärtiges Gastspiel: Donnerstag, 18. Febr. In Reulshof: Der Widerspenstigen Zähmung.

Geldstrafe: Georg Schoplin Verantwortlich: Schott, Rechtsanwalt Baden, Volkshaus, Bad bei Bad. Verle. Nachrichten, S. G. H. Nebel, am Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gerichtspraxis, Reulshof, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Ausbildung, Sport und Spiel, Sozialistisches Jungvolk, Heimat und Wandern, Ausflüge: Josef Geil, Verantwortlich für den Anzeigenteil: Gustav Röhler. Eämtliche Wohnhaft in Karlsruhe im Baden, Druck und Verlag: Verlagsbuchhandlung Volksfreund G.m.b.H. Karlsruhe

FÜR Kommunion UND Konfirmation

UNSERE NEUEN PREISLAGEN

690 890 1050 1350 1650

Landauer

Das führende Spezialhaus für Damen-Konfektion

Unsere Modelle sind die Schönsten
Unsere Qualitäten sind die Besten
Unsere Preise sind die Billigsten

Randhospeschichten

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK

Die kommende Reparationskonferenz

Genf, 12. Febr. Die Nachrichten über eine grundsätzliche Einigung der beteiligten Mächte über die Einberufung der Reparationskonferenz, sind, wie wir erfahren, verfrüht. Die angekündigte englisch-französische Erklärung ist nicht erschienen. Staatssekretär v. Bülow hat in den letzten Tagen die vom Reichskanzler hier begonnenen Besprechungen über die Konferenzfrage fortgesetzt. Auch haben die ausländischen Staatsmänner untereinander verhandelt, wobei auch Fragen des Schuldenproblems eine Rolle gespielt haben dürften. Ein Termin steht entgegen anderlautenden Meldungen noch fest.

Die Abrüstungskonferenz

Genf, 12. Febr. Die heutige Aussprache der Abrüstungskonferenz wurde eingeleitet durch eine Rede des

spanischen Außenministers **Zulueta**,

der der Konferenz ausführliche Vorschläge unterbreitete. Diese Vorschläge enthalten das von den meisten Vorkonferenzen bekräftigte Verbot der schweren Angriffswaffen, der Minenschiffe und die Beschränkung der Größe und des Aktionsradius der Unterseeboote, ferner das Verbot der militärischen Verwendung von Handelschiffen, die völlige Abschaffung der Militärflutfahrt und die Internationalisierung der Zivilluftfahrt. Zulueta sprach in seiner Rede eine gewisse Enttäuschung darüber aus, daß die Konferenz zur Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen nicht eine Abrüstungskonferenz schlechthin geworden sei.

Nach dem Vertreter Spaniens sprach der

dänische Außenminister **Munch**.

Er knüpfte an den Appell an, den Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Rede an die kleineren Staaten gerichtet hatte, einen gemeinsamen Boden für eine fruchtbare Aussprache zu suchen. Die deutsche Delegation habe mit großem Nachdruck die Anerkennung des Grundprinzips der Gleichberechtigung für alle Staaten gefordert. Munch erörterte eingehend die französischen Vorschläge über die Schaffung einer internationalen Armee. Er erkannte an, daß der Gedanke an sich logisch sei, daß seiner Verwirklichung aber der bisher sehr stark umstrittene Ausbau der Sanktionsregelung vorausgehen müsse, deren Wirksamkeit wiederum von dem Grade der Abrüstung in den einzelnen Staaten abhängt. Voraussetzung für die Schaffung einer internationalen Luftflotte sei das Verbot jeder militärischen Luftfahrt für die einzelnen Staaten.

Als nächster Redner stellte der

tchechoslowakische Außenminister **Dr. Beneš**

die Sicherheitsfrage in den Vordergrund. Die Tchechoslowakei sei bereit, eine vollständige und wirksamere Kontrolle, als sie der Konventionenentwurf vorsieht, für die Personalbestände, Rüstungen, für Waffenherstellung und Waffenhandel anzunehmen. Sie sei für ein ausgeglicheneres System des Verbotes des chemisch-bakteriologischen Krieges das Verbot gewisser Kriegsmittel müsse durch ein Sanktionsystem ergänzt werden. Die Tchechoslowakei betrachte die französischen Vorschläge als sehr bedeutsam und erklärte sich schon jetzt bereit, sie entweder in ihrer Gesamtheit oder in den Teilen, die von den anderen Mächten angenommen werden, zu übernehmen.

Der Weg des Herrn Gröner

Der nationalsozialistische Führer sendet ihm Beifall

Der Reichswehrminister hat in einem Befehl an die Wehrmacht die Grundzüge dargelegt, nach welchen in Zukunft die verschiedenen Verbände von der Reichswehr behandelt werden sollen. In diesem Befehl wird das Reichsbanner in einer nicht zu verkennenden Gegenüberstellung mit den Verfassern der berühmten Vorhölmer Dokumente genannt. Mit Recht hat sich der Bundesvorstand des Reichsbanners gegen diesen Vergleich als beleidigend verwahrt und mit Entschiedenheit dagegen protestiert, und auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat scharfe Kritik an dem Gröner-Erlaß geübt. Gröner wendet sich in dem Erlaß auch gegen den Gedanken einer „Hilfspolizei“, trotzdem im Jahre 1923, als die Reichswehrkommandos mit dem militärischen Ausnahmezustand registriert, sich die Institution der republikanischen Hilfspolizei als sehr wertvoll erwiesen hat. Zwischenzeitlich hat sich allerdings gar manches im Geiste der deutschen Republik geändert und insbesondere im Reichswehrministerium ist General Schleicher zu einer Macht emporgestiegen, die sich jetzt nach verschiedenartiger Hinsicht auswirkt. Der neueste Gröner-Erlaß gibt in einem tiefen Einblick in die Finsternisse der Offiziersgruppe um den Reichswehrminister und um den General Schleicher, die heute mit dem Kronprinzen diniert, morgen die Nationalsozialisten in der Reichswehr willkommen heißt und übermorgen das Reichsbanner als höchst unwillkommene Erscheinung mit den Vorhölmer Nordseefellen in einen Topf wirft und am liebsten sofort in alle Winde jagen würde.

Angehts dieser Stimmungen im Reichswehrministerium ist es kein Wunder, daß der nationalsozialistische Führer in Karlsruhe dem Reichswehrminister Beifall klatscht und den Befehl des Reichswehrministers als einen „scharfen Erlaß gegen die Dink“ deutet. Nachdem Herr Gröner A gesagt hat, geht der nationalsozialistische Führer gleich einen Schritt weiter und ruft nach dem B, indem er unter herabschauenden Bemerkungen über das Reichsbanner die Forderung erhebt, „eine Einstellung von Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei in das Reichsheer abzulehnen“.

Wenn wir auch während des Krieges nichts davon gehört haben, daß von „nationaler“ Seite die Forderung erhoben worden wäre, daß Sozialdemokraten nicht in das Heer eingestellt werden und wenn auch heute im Gegenstoß zur Kriegszeit bei der Reichswehr weder bei den Mannschaften oder gar noch bei den Offizieren Sozialdemokraten zu finden sind, so ist es doch eine Unverschämtheit sonderbar, daß sich die Nationalsozialisten erlauben können, solche Forderungen zu erheben — als Dank dafür, daß Herr Gröner ihnen die Türe zur Reichswehr geöffnet hat.

Die unverschämte Forderung des nationalsozialistischen Führer, daß Sozialdemokraten nicht in die Reichswehr eingestellt werden können — selbstverständlich soll dies nur für die ungeschickliche Friedenszeit gelten —, daß jedoch Nationalsozialisten in die Reichswehr eingestellt werden, ist beachtlich als Zeichen der Zeit und ein Kennzeichen dafür, wohin es in der deutschen Republik bereits gekommen ist. Gleichheit hat jedoch eine ernste Mahnung für die Eisernen

Eisenbahner in Eiserner Front

Berlin, 11. Febr. (Eig. Drabt.) Die wichtige Mission, die die Eisenbahner innerhalb der Eisernen Front erfüllen sollen, haben den Vorstand des Einheitsverbandes veranlaßt, den Verbandsbeirat nach Berlin einuberufen. Die gemeinsame Konferenz des Beirats und Vorstands beschäftigte sich in erster Linie mit den Fragen der Arbeitsbeschaffung, Feiertagslohn, Finanzkraft des Verbandes und mit der Eisenbahneraktion in der Eisernen Front.

Der Verbandsvorsitzende **Scheffel** machte darauf aufmerksam, daß augenblicklich im Vordergrund aller gewerkschaftlichen Arbeit die Frage stehe, wie die Wirtschaft wieder angefurbelt und das große Heer der Arbeitslosen wieder untergebracht werden könne. Die Erwerbslosigkeit vergrößere sich immer mehr statt abzunehmen. Auch die Industriezweige, die in der Hauptsache von Aufträgen der Reichsbahn lebten, seien in bedrückter Lage. Die Reichsbahn könne nur noch einen verhältnismäßig kleinen Teil von Aufträgen vergeben, weil sie selbst durch den Verkehrsrückgang immer mehr zur Drofflung ihrer Aufträge gezwungen sei. Bei der trotzlosen Beschäftigungslosigkeit im Reichsbahnbetrieb könne natürlich gar keine Rede davon sein, etwa auch noch die Ausbesserungsarbeiten der Reichsbahn an die Privatindustrie abzugeben. In der Frage der Feiertagslohn werde eine Beteiligung des Drucks auf das Einkommen wahrscheinlich für die Bahnunterhaltung bald möglich sein. Auch die Verwirklichung müsse suchen, daß es ein Unrecht sei, wenn ein Teil des Personals noch 54 Stunden und mehr arbeite, die anderen aber beträchtlich weniger. Eine wesentliche Erleichterung könne dadurch eintreten, daß der Personalstand durch einen stärkeren natürlichen Abgang durch Pensionierungen, Invalidierungen usw. verringert werde.

Die von den Gegnern des Einheitsverbandes betonten Mängel

sind während der Aufrüstungsaktion der Eisenbahner so gut wie nicht in Erscheinung getreten. Die A.S.D., die grobmäulig verhandelt hat, Hunderte von Streiks durchzuführen, verliert unter den Eisenbahnern immer mehr Anhänger. Abraue und Klage rächen sich eben auf die Dauer. Zum Erfolg gehören Sähe und unermüdete Kleinarbeit, wie sie der Einheitsverband gemohnt ist.

Scharf kritisierte **Scheffel** die unzulängliche Arbeit des Preis-Kommissars **Goedeler** und die Härte der Uebertreibung. Hier und da sei es gelungen, eine Erleichterung zu schaffen. So wird z. B. die Steuer an verschiedenen Stellen auf kleinere Raten verteilt und in manchen Fällen sei es auch gelungen, Ermäßigungen zu erreichen. In der **Beamtenbewegung** nimmt nach **Scheffels** Ausführungen augenblicklich der Kampf um die Gleichstellung der unteren Reichsbahnbeamtengruppen mit der Befolungsordnung des Reichs einen breiten Raum ein.

An dem **Beitragslohn** und den **Beitragslägen** wird, so beschloß die gemeinsame Konferenz nach eingehender Prüfung der gesamten Situation, gerade jetzt festgehalten werden. Im Kampf gegen die **Lobbe** der modernen Gewerkschaftsbewegung dürfte eine Erschütterung der finanziellen Grundlage der Organisation unter keinen Umständen erfolgen.

Der tiefe Ernst und das starke Verantwortungsbewußtsein, von dem alle Tagungsteilnehmer erfüllt waren, ebenso aber auch die Einigkeit und Entschlossenheit, mit der die beiden großen Körperschaften des Einheitsverbandes die notwendigen Beschlüsse gefaßt haben, lassen den eisernen Abwehrwillen erkennen, von dem alle Verbandsinstanzen bis hinunter zum kleinsten Funktionär erfüllt sind.

Aus aller Welt

Der Führer der korsikanischen Räuber gefangen genommen
Ajaccio, 12. Febr. (Savona.) Der **Bandit Torre**, nach dem die Polizei seit Monaten in den Schluchten und Tälern des inneren Teiles von Korsika fahndete, ist gefangen genommen worden.

Neue Note Chinas an den Völkerbund

Genf, 12. Febr. China hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine neue Note überreicht, in welcher der Rat erneut aufgefordert wird, wirksame Maßnahmen gegen Japan zu ergreifen.

Drei Kinder Opfer des Eises

Lüneburg, 12. Febr. In Büttlingen (Landkreis Lüneburg) brachen gestern nachmittags drei Söhne des **Solbäckers Heuer** im Alter von drei, neun und elf Jahren auf dem Eise des Dorkteiches ein und ertranken.



General **Tsiang Kai-shek** (rechts),

der frühere Präsident von China, in seiner einfachen Uniform vor der Front seiner Truppen, deren Oberbefehl im Abwehrkampf gegen die Japaner ihm jetzt übertragen wurde.

Front vor und eine bittere Lehre für die deutsche Republik, die mehr als leichtfertig die alte Sach von **Ferdinand Lassalle** verneinen hat, daß Militär und Gewerbe ein Stück Verfassung sind, und wer dies überläßt, es unterlassen hat, die Verfassung vor Durchsicherungen zu schützen.

Scharfes Bankgesetz in der Tchechoslowakei

Die tchechoslowakische Regierung hat dem Abgeordnetenhaus den Entwurf eines Bankgesetzes vorgelegt. Die Grundzüge des Gesetzes sind: Die **Bankdirektoren** werden bei Zusammenbrüchen haftbar gemacht. Sie dürfen höchstens zehn Verwaltungsratsstellen von Unternehmungen bekleiden und müssen ihre Tätigkeiten den Kassen der Bank abführen, die ihnen höchstens die Hälfte dieses Geldes zuweisen dürfen. Ihre bisherigen Verträge werden aufgehoben. Wie alle Bankangestellten werden sie künftig einer vierjährigen Kündigungsfrist unterworfen. Einmalige **Spekulationen** der Direktoren auf Kosten der Bank werden strengstens bestraft. Die **Bankangestellten** können in den Anstaltsbetrieben Ausschüsse bilden. Der **Pensionsfonds** muß getrennt vom übrigen Vermögen der Bank

Ein Diebespaar aus dem Rhein gelandet

W. Nieder-Ingheim, 12. Febr. Seit einiger Zeit wurden ein 17-jähriges Mädchen aus **Lopenheim** und ein 24-jähriger elternloser Knabe vermisst. Die beiden hatten ein Diebesverhältnis miteinander, das von den Eltern des Mädchens nicht geduldet wurde. Alle Nachforschungen waren bisher vergeblich. Gestern früh nun wurden die Leichen der beiden jungen Menschen bei **Nieder-Deimbach** bei Bingen aus dem Rhein gelandet. Die Toten wurden von den Angehörigen erkannt.

Großer Haschisch-Schmuggel

W. B. Wetzlar, 12. Febr. Die Zollbehörden haben in Konstanz bedeutende Mengen von Haschisch beschlagnahmt, die einen Wert von nahezu einer Million französischer Franken darstellen und die von **Stambul** eingeschmuggelt worden sind. Die ganze Beschlagnahme des Schmuggelgeschiffes wurde festgenommen.

Zuchthausurteil gegen Sparfassen-Direktor

Vom Gericht in **Berden** an der **Alte** wurde nach schnittiger Verhandlung der **Berdener Amtsdirektor** **Rehling**, der der Unterschlagung von 20 000 Mark schuldig wurde, entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts wegen Untreue, Bestechung, Unterschlagung und Urkundenfälschung zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt.

Soen Hedins Afrikaner

Am 17. Februar wird **Dr. Soen Hedin** zusammen mit dem Ethnologen **Dr. Gösta Montell** von **Stockholm** aus zu seiner neuen Afrikanerexpedition aufbrechen. **Hedin** und **Montell** werden von **Stockholm** nach **Bremen**, von **Bremen** aus mit der „**Eurota**“ nach **Neuor** und anschließend nach **Chitago** fahren, wo das **Wobell** nach auf einer früheren **Hedin-Expedition** entdeckten **Tama-Tempel** errichtet werden soll.

Reiz mit dem Auto ins Wasser

Quakenbrück, 12. Febr. Der **Arzt Dr. Vater**, der in der Nacht zu einem Schwerkranke gerufen wurde, geriet mit seinem Auto infolge starker Beringung der Straße von **Weg** ab. Der Wagen stürzte in den **Morro-Kanal**. Erst am Morgen wurde das **Unfall** bemerkt. Arbeiter haben aus dem Kanal ein **Wagen** herausgeholt. **W. H. H. H.** Hilfe von **Landjägern** wurde das **Auto** aus dem **Wasser** gezogen. Am **Steuer** fand man die **Leiche** des **Arztes**, der, nach den **Suren** zu urteilen, **vergnügli** verunglückt hatte, sich aus dem **Wasser** zu retten.

Tragödie in einer Schupo-Familie

W. B. **Suhl** (Thüringen), 12. Febr. Der **Polizeihauptwachmeister** **Dehningen** von der **heftigen Schupo** erlösch seine Frau und sein Kind und tötete sich dann selbst durch einen **Schuss**. Als Grund der **Tat** werden **zerrüttete Familienverhältnisse** angegeben.

verwaltet werden. Ein **Minister** a. D. darf erst ein Jahr nach seiner **Demission** in den **Verwaltungsrat** einer **Bank** eintreten oder **leitend** der **Bank** einer **Bank** werden.

Die Fürstenabfindung im Rechtsauschuss

W. B. **Berlin**, 12. Febr. Der **Rechtsauschuss** des **Reichstages** setzte die **Aussprache** über die **Fürstenabfindung** fort. Im **Mittelpunkt** der **Beratungen** stand eine **sozialdemokratische Entschliessung**, das **Staatsrentengesetz** nicht nur für die **Aufwertung** von **Abfindungen** in **Geld**, sondern auch für **Wertpapiere** gelten zu lassen.

Die **Vertreter** der **verschiedenen** deutschen **Länder** legten dazu die **Auffassung** ihrer **Regierungen** zur **Fürstenabfindung** dar.

Das **Rechtsjustizministerium** legte eine **Uebersicht** über den **gegenwärtigen** Stand der **Verpflichtungen** des **Reiches** und der **Länder** vor.

In der **dann folgenden** Debatte wiesen die **Vertreter** der **sozialdemokratischen** und der **kommunistischen** Fraktion **nochmals** auf die **erschütternde** Notlage **weiterer** **Volkskreise** hin, die eine **Revison** der **Fürstenabfindungen** **notwendig** mache.

Die **Abstimmungen** sollen **nächsten** **Wittwoch** **vorgenommen** werden.



Der wirtschaftlichste Brennstoff für Zentralheizungen, Etagenheizungen, Zimmeröfen u. Herdfeuerungen ist der erstklassige
Kammerofen-Brechkok
 des Gaswerks Karlsruhe

Bestellungen: Amalienstraße 83 pt., am Kaiserplatz, Telefon 5350-5358 und 3343. Schlachthofstraße 3, Telefon 6560-6562

Die Polizei berichtet:

Brandfälle

In Durlach brach gestern um die Mittagszeit ein Brand aus, der leicht hätte schlimme Folgen haben können. In einer Wohnung in der Kronenstr. war die leuchtende Petroleumlampe am Kamin durch einen Pappeimer entzündet. Durch das Heizen geriet der Pappeimer in Brand und das Feuer übertrag sich in kurzer Zeit auf einen nahestehenden Kleiderkasten, der vollständig verbrannte. Der Brand wurde durch die freiwillige Feuerwehr Durlach gelöscht, bevor er größere Ausmaße annehmen konnte.

In vergangener Nacht wurde von einem Anwesen in der Karlstraße Feuer gemeldet. Die röhrend erscheinende Berufsfeuerwehr stellte fest, daß auf einem Lastkraftwagen ein brennender Koffein stand, der mit Säden zugeburt war; diese Säde hatten Feuer gefangen und starken Rauch entwickelt. Nach kurzer Tätigkeit konnte die Gefahr durch die Feuerwehr beseitigt werden.

In einem Hause der R. A. u. r. e. h. s. t. r. a. h. e. fiel eine mit Papier umwickelte Gardinenhänge gegen den brennenden Ofen und entzündete sich; verschiedene Sausaltungsgegenstände und Kleidungsstücke gerieten dabei in Brand und wurden beschädigt. Der Brand konnte von Hausbewohnern gelöscht werden.

In verschiedenen Fällen brachen in den letzten Tagen Zimmerbrände aus, die zum größten Teil auf die Unvorsichtigkeit der Bewohner zurückzuführen sind.

Verstoß gegen das Vogelstuhlgesetz

Ein Arbeiter von hier wird angeklagt, weil er schon seit längerer Zeit Handel mit Dittelfinken und Zeisigen trieb, die er selbst unbeschädigt gefangen hatte.

Ausgehete Belohnung

Die Witwe des am 28. Dezember 1931 in Rintheim von einem Auto totgefahrenen Malermeisters Rudolf Fischer aus Zürich hat für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 Schweizer Franken ausgesetzt. Sachdienliche Mitteilungen können auf jeder Polizeistation oder unmittelbar dem Landesspolizeiamt gemacht werden.

Lichtspielhäuser

„Hausmann von Ropend“ im Gloria

Zudemers Bühnenprogramm „Der Hausmann von Ropend“ hatte beinahe einen außerordentlich großen Bühnenerfolg zu verzeichnen. Die Kritik wird auch die Bestimmung des so untrüglichen Erfolges daselbst als glänzendes Ergebnis gelten. Wo bisher der Film abstrakt, ohne einen denkwürdigen Wert hatte, so urteilt die Kritik über die Aufführung u. a.: Der Geniestrich eines Schülers im Geiste, des Schülers selbst, über den eine Welt gelacht hat, war zudemers Bühnen, den zeitigen Zustand des Vorkriegs-Theaters im Auftrieb zu geben; den Zusammenhang zwischen dem Individuum und dem Kollektiv, wenn das Individuum nur einmal gegen das Geisse seines Mechanismus verfallen hat. Ewalds Verfilmung, den Carl Zuckmayer und Albrecht Joseph dramaturgisch betreut, baut sich ganz wesentlich auf dem Grundriss des Bühnenstücks auf. Maneriert, was auf der Bühne zeitlich und satirisch klarer herauskam, wurde gemildert, ohne der Haltung und dem Gehalt des Films Gewalt oder Schaden anzutun. Manches wurde hinzugefügt (wie die nicht überlegende Szene im Runderdell), manches wurde weggelassen (wie die Szene im Runderdell), und auch dies mit einem Geschick und Gefühl, das dem Gesamteindruck nicht und nicht Abtrag tut. Das Theater hat auf der Bühne mehr das innere Reizmoment, so gelangt durch Max Waldert im Film wie auf der Bühne das Unterdrückte, Verborgene mehr zum Ausdruck, das Wilhelm Volz als bestimmendes Motiv in seinen einseitigen Streich hineinbringt. Und in Max Walderts plastischer Darstellung findet dieser „Hausmann“ unsere ganze Sympathie, unter vollem Interesse, auch wo er im Sentimentalen verweilt um eine kleine Nuance zu deutlich wird. Im diesen Part hat Volz herum hat Zuckmayer mit außerordentlicher fotografischer Kraft das Willen gelassen, das Ewald nun ins Filmbild brachte. Und so ist dieses Willen ausgeglichen im Ganzen wie in den darstellerischen Einzelheiten. Sie alle zu nennen wäre zuviel. Sehr klar in Rappers Fortschritt, einflussreich, die Bühnenwelt, sehr lebendig. Paul Wagners Hauptmann, zu Unrecht als Bühnenmeister, um angenehm überhöht von der Bühne, verdrängt übertrieben Albert Floratz, wenn er im Zuschauers Freilagerungen kommandiert. Freytag und überzeugend ist das Ewald die lange Reihe der Polizisten, Beamten, Soldaten und Zivilisten ins Bild gebracht, deren Mißstände die Bühnenwelt eigenartig ausmacht. So gab es eine Gesamtschau, die über durchsichtliche Filmunterhaltung hinausragt; fesselt im Geschehen, durchdringt in der vom Leben selbst erhabenen Poetik, bezieht in der menschlichen Schattung der Hauptfigur, forciert in der Repräsentation und Festschreibung und von einem Gedankeninhalt, der über den Tag hinausreicht, ohne aufdringlich platziert zu sein. Ewald Helfer am Wert: Ewald Taub, Hans Grimm, Franz Schreiber.

Tageskalender
der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Weststadt
Samstag, den 13. Februar 1932, abends 8 Uhr, „Unter den Linden“, Ede Vorstraße und Kaiserstraße. Sanktversammlung mit Vortrag des Genossen Heinz Bane über „Kritik des Sozialismus oder Sozialismus“. Weiter: Neuwahl der Bezirksleitung und Vertrauensmänner. Wir erziehen unsere Mitglieder zehrfach zu erscheinen.

Bezirk Oststadt
Am Samstag, 13. Februar, abends 8 Uhr, findet im „Berndshaus“ eine Bezirksversammlung statt, in der die Vorstandskammer um vollständiges und pünktliches Erscheinen gebeten werden.

Bezirk Hartwaldviertel
Samstag, den 13. Februar, abends 8 Uhr, im „Reinhold Verhöf“ Bezirksgeneralversammlung. Anträge werden bis spätestens 12. Februar an die Verwaltungsmittelschicht. Es ist Pflicht jeder Parteigenossin und jedes Parteigenossen, pünktlich zu erscheinen.

Lebenabendprogramm der Frauenaktion vom 15.-19. Februar
Bezirk Mühlburg-Günzwinkel (Hartwaldviertel), Montag: Genossin Löw liest ihr Schauspiel: „Schuld der Liebe“.
Bezirk Sulzbach-Weisheim (Weierheimer Schule), Dienstag: Referentin Genossin Wagner.
Bezirk Darzland (Vollshaus), Dienstag: Referentin Genossin Fischer.
Bezirk Südbad (Vollshaus), Dienstag: Die sozialdemokratische Frauenbewegung. Lichtbildvortrag. Ref. Genossin Müller.
Bezirk Oststadt (Karl-Wilhelm-Schule), Dienstag: Fortsetzung des Vortrags von Genossin Löw.
Bezirk Alt-, Mittel- und Südwald (Arbeiterwohlfahrt), Donnerstag: Aus der Geschichte und Technik des Zeitungswesens. Referent Genosse Eisele.
Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.

Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.

Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.

Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.

Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.					
Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.					
Bezirk Weststadt (Gutenbergschule), Freitag: Die Genossenschaftsorganisation und die Arbeiterpolitik. Ref. Genossin Starz.					
Ammerbach	100 Mk.	169,74	170,12	169,73	170,07
Altstadt	100 Mk.	21,83	21,87	21,83	21,87
Bayern	100 Mk.	14,45	14,49	14,39	14,43
Carlsruhe	100 Mk.	4,209	4,217	4,209	4,217
Durlach	100 Mk.	16,67	16,61	16,57	16,61
Eisenach	100 Mk.	12,465	12,48	12,465	12,48
Frankfurt	100 Mk.	82,11	82,27	82,11	82,27
Heidelberg	100 Mk.	38,47	38,53	38,47	38,53
Karlsruhe	100 Mk.	81,07	81,23	81,07	81,23
Leipzig	100 Mk.	49,56	50,05	49,56	50,05

Kleine badische Chronik

Schon wieder ein Brandfall im Donaueschinger Bezirk

* Neudingen, Amt Donaueschingen, 12. Febr. Gestern abend nach 10 Uhr entzünd in dem Anwesen des Landwirts Josef Keller ein Brand, dem das Wohn- und Oekonomiegebäude zum Opfer fiel. Das Grobvieh konnte gerettet werden. Der Brand wurde von Nachbarn entdeckt, als das Dach schon im Flammen stand. Die Bewohner des Hauses schlofen und konnten nur das retten, was sie auf dem Leibe trugen. Der Sachschaden beträgt 7800 Mk. der Gebäudeschaden 12000 Mk.

* Schwellingen. Auf der Heimfahrt vom Rübenhof scheuten die Pferde des Landwirts und Gemeinderats Melchior und rissen ohne Führer durch die Lindenstraße bis zur Kronenstr. Dort stürzte das eine Pferd und brach beide Vorderbeine. Ein Polizeibeamt löstete das Tier durch einen Schuß aus seinem Dienstrevolver. Das Pferd hat einen Wert von 1200 Mk.

* Konig. In Mitterdingen brannte das Wohnhaus und das Oekonomiegebäude des Strahenwirts Josef Thal vollständig nieder. Es konnte so gut wie nichts gerettet werden. Als Brandursache wird Rauchschluß vermutet.

* Ennen. Der 44 Jahre alte Rudolf Kägele, Vater von vier kleinen Kindern, stürzte in Weil, Amt Ennen, die Treppe herunter und blieb mit einem Schädelbruch tot liegen.

Vorgeschmack vom Dritten Reich

Man schreibt uns aus Weingarten bei Durlach:
Anmaßlichkeit hat der Ausgang der diesigen Bürgermeisterwahl die Wogen der Erregung bei den Nationalsozialisten sehr hoch gehen lassen, denn sie hätten es gar zu gerne gesehen, daß ihr Kandidat, Kreisrat Plattner, zum Ortsvorstand von Weingarten gewählt worden wäre. Jedoch, die Gemeindeverwaltung hat es anders gewollt. Nachdem die diesigen Stillehörer gesehen haben, daß ihre Nase um ein Beträchtliches zu kurz war, und ihre Ansprüche nicht den nötigen Anklang gefunden hatten, suchen sie nun ihrer Ent-

rüstung auf alle Arten Luft zu machen. Dies empfand am letzten Samstag der Nazi-Gemeindevorsteher und Wirt zum „Deutschen Kaiser“, bei dem die „Erneuerer“ ein kleines Gastspiel und zugleich einen Vorkeschmack des „Dritten Reiches“ gaben. Gaben da am Samstag abend eine Anzahl Nazijünger unter Führung des Ortsbekannten Oberleiters Jung im „Deutschen Kaiser“ besaßen und hatten schon manchen „hinter die Binde“ gegessen, als die Wirtin an den Tisch herantrat und die Herren in anständigem Tone bat, ihre bisherige Besuche zu beenden, damit sie später leichter abzurechnen habe, vielleicht aber auch, weil sie aus Erfahrung klug geworden war. Wer nun glaubt, daß die anwesenden Stillehörer im Sinn ihres Opa, des Gen darmen von Hildburghausen, gehandelt hätten, wonach alle Privatschulden im Dritten Reich anerkannt werden, sah sich gründlich getäuscht. Kein anderer als der Führer der diesigen Ortsgruppe der NSDAP, Jung, war es, der die anständige Aufforderung der Wirtin damit beantwortete, daß er sagte: „Sie sind ein unverkennbares Mensch!“ Und das zu der Frau eines Nazi-Gemeindevorordneten.
Die Wirtin, sichtlich gekränkt durch diese teuflische Äußerung, verständigte ihren Mann von der Sache, der mit dem Hobeitzschen im Dritten Reich, dem Gummiknüppel, vor seine „Parteilosen“ trat, und ihnen in ganz urdeutschlicher Art die Meinung sagte mit dem Zufügen, daß er die Schweinerei endlich satt habe, und er infolgedessen sein Mandat als Nazi-Gemeindevorordneter niederlegen werde. Durch dieses energische Auftreten des Nazi-Wirtes sichtlich eingeschüchtern, bequimte sich schließlich einer der deutschen Mannen, die Besuche für alle zu beenden.
Dies kleine Vorkommnis zeigt deutlich, was wir hauptsächlich die Frauen, im „arischen Dritten Reich“ von den zukünftigen Führern zu erwarten hätten, es zeigt aber auch ferner, daß so mancher Hitleranhänger durch das Benehmen seiner „Pa.“ mit der Zeit angeekelt wird, und daß die Ernüchterung in den Reihen der diesigen Nazioten immer mehr um sich greift. Wären diese Vorkommnisse noch recht vielen Anhängern Wolfs von Hildburghausen die Augen öffnen, damit sie ihre Konsequenzen daraus ziehen und dieser Rubenborde den Rücken kehren.

Partei-Nachrichten

Wichtig für alle Ortsvereine der SAJ. Mittelbaden!

Unsere Unterbezirkskonferenz findet am Sonntag, 21. Februar, vormittags 10 Uhr, im Heim der Durlacher SAJ. statt. Die Tagesordnung wird den Ortsvereinen durch Rundschreiben zugeandt. Wir bitten alle Ortsvereine, sich diesen Tag vorzumerken.
Freundschaft! Die Kreisleitung.

Soziale Rundschau

Kritik der Arbeitslosen

Der Zentralverband der Arbeitslosen — die große Organisation der Arbeitslosen, die mit 350.000 Mitgliedern zählt — hat dieser Tage auf ihrer Reichskonferenz in Berlin zu den Auswirkungen der Notverordnung, die in vielen Lebenslagen von Millionen die betroffenen Invalidenrentenempfänger unangehörige Fälle stellt, Stellung genommen. Der Verbandsvorstand Reichstagsabgeordnete Karsten beleuchtete diese Auswirkungen. Das Ergebnis seiner Kritik war, daß mit größter Nachdruck abgegebene Forderungen, daß sich die Organisation der Arbeitslosen nie und nimmer mit der durch die Notverordnung entstandenen Angehörigenlasten abfinden könne. Der Verband werde in der nächsten Zeit alle seine Kräfte mobilisieren, um diese Angehörigenlasten zu mildern.

Die vierte Notverordnung — so betont die Reichskonferenz in einer Enfscheidung, die den Ertrag ihrer sozialpolitischen Ausstrahlung zusammenfaßt — hat durch ihre Bestimmungen über den Fortfall von Rentenanteilen bei Doppelbezug, Streichung der Kinder- und Waisenbezüge über das 15. Lebensjahr hinaus, Entzug der Witwenrenten für Witwen usw. empörendes Unrecht in Hunderttausenden von Rententeilen der bedürftigen Menschen, die sich bislang schon in bitterster Not befunden haben, die einseitigen Besätze für den Lebensunterhalt, ganz oder zum großen Teil genommen worden. Die neuen Bestimmungen haben das Elend von Hunderttausenden auf ein einfach untragliches Maß gesteigert und damit die Verzweiflungssituation noch tiefer ins Volk getragen.

Der Zentralverband hat stets die grundsätzliche Forderung nach einer gesunden Reformierung und Zusammenlegung der zerstückelten Sozialversicherung ernstlich unterstützt. Insofern finden auch die auf der Reichskonferenz erzwungenen Reformpläne die volle Unterstützung des Zentralverbandes. Der Zentralverband wird sich aber mit äußerster Entschiedenheit dagegen zur Wehr setzen, wenn die Reichsregierung, wie es nach verschiedenen Redungen den Anschein hat, beabsichtigt, einen weiteren erheblichen Rentenabbau vorzunehmen. Die Reichskonferenz erklärt, daß die Grenze, bis zu der ein Leistungsabbau überhaupt als erträglich beizehalten werden kann, längst überschritten ist.

Die Verbandsleitung richtete auf der Konferenz an alle Rentnerkreise, die bisher den Kampf der Organisation nicht unterstützt haben, den Appell, durch Beitritt zum Zentralverband, der trotz Arzle und Notverordnung gekämpft habe, die die Abwehr der Arbeitslosen zu verstärken und den Kampf um soziale Gerechtigkeit gegen Feindschaft und Sozialreaktion in der „Eisernen Front“ zu führen.

Sport

Fußballverfehr

Der Tag, auf den die Arbeiterfußballer und deren Anhänger schon so lange gewartet haben, ist gekommen. Am Sonntag beginnen die Spiele für 1932 mit dem Zweck, den neuen Bezirksmeister zu ermitteln. Alle Mannschaften gehen mit mehr oder weniger Hoffnung an den Start. Aber sind wir uns klar darüber, daß nur einer als Meister hervorgehen kann. Grundbedingung unserer Vereine muß sein, immer das Wohl der Arbeiterbewegung in den Vordergrund zu stellen, um durch die Spiele unserer Bewegung neue Streiter und Anhänger zuzuführen. Jeder Spieler ist durch ein einwandriges Verhalten hierzu in der Lage. Den Vereinstleitungen erwächst die Aufgabe, auf ihre Spieler dahingehend einzuwirken, daß sie in ihrem eigenen und der Arbeiterbewegung und Volksgenossen erkennen. Die Spiele werden in 7 Gruppen wie folgt durchgeführt:

1. Gruppe: Gagfeld — Weierheim, Nie — Göggingen, Eisingen — Durlach, Union Karlsruhe — Anellingen.
2. Gruppe: Spielberg — Grünwettersbach, Ehlstadt Eisenbahner Karlsruhe — Bollardsweiler, Mühlburg — Gobenwettersbach.
3. Gruppe: Göggingen — Weierberg, Eisingen — Stein, Adolfsbad — Weier, Eisingen — Eisingen.
4. Gruppe: Weierheim — Weierheim, Bruchsal — Eintracht, Göggingen — Weierheim, Weierheim — Weierheim, Weierheim — Weierheim.
5. Gruppe: Weierheim — Weierheim, Weierheim — Weierheim, Weierheim — Weierheim.
6. Gruppe: Weierheim — Weierheim, Weierheim — Weierheim, Weierheim — Weierheim.
7. Gruppe: Gagfeld — Weierheim, Nie — Göggingen, Eisingen — Durlach, Union Karlsruhe — Anellingen.

Partei-Nachrichten

Die Orientierung am 14. Februar werden wie folgt ausgetragen: Verein für Arbeiterfragen — Darzland, Anellingen — Gagfeld, Karlsruhe Arbeiter-Gesellschaft — Mühlburg. Die Kämpfe um die Bezirksmeisterschaft werden am 28. Februar im Vereinsheim des Fr. Klößen- und Sportvereins Darzland, die Kreismeisterschaft ebenfalls in Darzland in der Festhalle am 13. März ausgetragen. Wir bitten die Vereine, an diesen beiden Tagen keine größeren Veranstaltungen zu treffen. M. B.

Schneebericht

Trüben: Seiter, Minus 16 Grad, 10 Zentimeter Schneehöhe, Pulver, Schi mäßig, Rodel gut, Eisbahn sehr gut.
Pulverstein: Seiter, Minus 13 Grad, 20 Zentimeter Schneehöhe, verweht, Pulver, Schi und Rodel mäßig.
Hornisgrunde: Seiter, Minus 13 Grad, 15-20 Zentimeter Schneehöhe, verweht, Schi und Rodel gut.
Unterharm: Seiter, Minus 13 Grad, 15 Zentimeter Schneehöhe, verweht, Schi und Rodel gut.
Mühlberg: Seiter, Minus 11 Grad, 8 Zentimeter Schneehöhe, Schi und Rodel mäßig, Eisbahn sehr gut.
Kaltenbrunn-Schloß: Seiter, Minus 10 Grad, 10 Grad, Pulver, Schi und Rodel mäßig.
Herrenab-Talweise: Seiter, Minus 13 Grad, 10 Zentimeter Schneehöhe, Pulver, Rodel gut.

Vorläufige Wettervorhersage der badischen Landeswetterwarte

Die Wetterlage ist noch immer sehr stabil geblieben. So daß die winterliche Witterung weiterhin andauern wird.
Wetterausichten für Sonntag, 14. Februar: Im wesentlichen Fortdauer der winterlichen Witterung.

Wasserstand des Rheins

Basel 33; Waldsbut 168; Schutterinsel 16, gef. 6; Rehl 168, gef. 5; Maxau 334, gef. 24; Mannheim 182, gef. 5; Taub 130, gef. 8 Sim.

Veranstaltungen

Samstag, den 13. Februar 1932:
Badisches Landestheater: Napoleon oder Die hundert Tage. 20 Uhr.
Badische Volkstheater: Karibou. Vergeiß die Welt nicht. Die große Brandkatastrophe im Stuttgarter Schloß. 20.30 Uhr.
Gloria-Palast: Der Hauptmann von Köpenick. Sonderprogramm.
Kammer-Volkstheater: Ich geh' aus und Du bleibst da. Marie Schüllern.
Palast-Volkstheater: Die Braute. Der gedehnte Film. Sonderprogramm.
Reichens-Volkstheater: Die Abenteuerin von Tunis. Der gedehnte Film. Sonderprogramm.
Schauhaus: Eine Freundin, so gelbig wie Du. Grod. Sonderprogramm.
Union-Theater: Das Kantinat im Volarets lag und erlöste. Vortrag: Dr. Wittmer, 5 und abends 7 1/2 Uhr. Nachmittags 2 und 3 1/2 Uhr: drei Nicht-Rabarett-Vorstellungen. Aufführung: Goldene Tischmutter. Bühler Krug. Elmer-Gobertsen. Musikverein Karlsruhe. Summist: Bekemer Helmer. 20 Uhr.
Jugendheim, Baumwetterstraße: Sozialistische Feiertage freier Menschen. 19.30 Uhr.

Sonntag, den 14. Februar 1932:
Badisches Landestheater: Im weißen Röhl. 15 Uhr. Othello. 20 Uhr. Stadt. Konzerthaus: Der Reiter von Dingel. 19.30 Uhr.
Badische Volkstheater: Karibou. Vergeiß die Welt nicht. Die große Brandkatastrophe im Stuttgarter Schloß. 16 Uhr.
Gloria-Palast: Der Hauptmann von Köpenick. Sonderprogramm.
Kammer-Volkstheater: Ich geh' aus und Du bleibst da. Marie Schüllern.
Palast-Volkstheater: Die Braute. Der gedehnte Film. Sonderprogramm.
Reichens-Volkstheater: Die Abenteuerin von Tunis. Der gedehnte Film. Sonderprogramm.
Schauhaus: Eine Freundin, so gelbig wie Du. Grod. Sonderprogramm.
Union-Theater: 11 Uhr: 3 Nicht-Rabarett-Vorstellungen. (Goldene Tischmutter wird unter den Besuchern ausgelost.)

Vereinsanzeigen

Freie Turnerschaft. Sonntag nachmittags 3 Uhr Generalversammlung im Vereinshaus. 1194
Aktion Sängerchor! Sonntag, den 14. d. M., vormittags 11 Uhr Kartellprobe im „Grünen Bera“, Kaiserstr. 33. Gelungen wird wie beschloffen, „Der Sturm“ und „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“. Es ist Pflicht aller Sänger der Männerchöre reiflos und pünktlich zu erscheinen. 1198 Der Vorsitzende.
Religiöse Sozialisten. Sonntag, den 14. Februar, Christenlehre. 11 Uhr predigt Gen. Walter Löw in der Stadtkirche. 1218
„Freie Menschen“. Heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim „Sozialistische Feiertage“. 1171
ADGB. Karlsruhe-Durlach-Eisingen. Der für Montag, den 15. Februar in unserem Volkshaus vorgelebene Bildungsvertrag fällt aus wegen der Generalversammlung des Reichsbanners, welche um diesen Zeitpunkt im Volkshaus stattfindet. Unsere Reichsbannerkameraden werden gebeten, ihre Generalversammlung zu beschließen. — Am Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr, findet eine Betriebsraterversammlung in unserem Volkshaus statt, worauf wir jetzt schon aufmerksam machen. 1207 Der Vorstand

